

RB113
4020 PLANUNGSKALENDER

Stand 12.04.2024

RB113 4020 – Planungskalender

Planung für das Fahrplanjahr N + 1	
bis Oktober N-1	Information der Auftraggeber seitens des Auftragnehmers über Änderungsvorschläge oder Änderungserfordernisse am Fahrplan (z. B. durch Baumaßnahmen) Abstimmung des vorgesehenen Fahrplanangebots seitens der Auftraggeber
November N-1	Übergabe Fahrplankonzeption Fahrplanjahr N+1 durch die Auftraggeber an den Auftragnehmer
31. Dezember N-1	Fahrplanscharfe Fahrplanentwürfe (inkl. Zugbildung) und Umlaufentwürfe N+1 : Vorlage durch den Auftragnehmer
Januar-März N	nach Bedarf: Fahrplankonferenzen mit Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen Schiene (auch andere EVU)
Januar -März N	Regionale Fahrplankonferenzen mit Auftraggebern und Verkehrsunternehmen des Öffentlichen Straßenpersonenverkehrs (ÖSPV),
Februar/März N	Anpassung der Fahrplanentwürfe in Abstimmung zwischen Auftraggebern und Auftragnehmer, Vorbereitung der Trassenanmeldung
31. März N	Verbindliche Bestellung des Jahresfahrplans N+1 durch die Auftraggeber beim Auftragnehmer
April N	Trassenanmeldung durch den Auftragnehmer beim Infrastrukturunternehmen gemäß der vorgesehenen Fristen (in Abstimmung mit den Auftraggebern)
März bis Juni N	nach Bedarf: Fahrplankonferenzen mit Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen Schiene (auch andere EVU)
Juni N	Trassenangebote : Vorlage durch den Auftragnehmer spätestens 8 Werktage nach der Übergabe durch die DB Netz AG in Abhängigkeit der derzeit gültigen EIBV
Juni N bis Juli N	nach Bedarf: Fahrplankonferenzen mit ÖSPV-AT, den Gebietskörperschaften, Verkehrsunternehmen (ÖSPV-VU)

Juli/ bzw. bis 15.August N	Abstimmung und Bestätigung der Trassenangebote; Änderungsbedarfsanmeldungen beim Auftragnehmer im Rahmen der EIBV-Phase, Festlegung der Sollzugkilometer, Übergabe der Fahrplandaten für die Veröffentlichung von Fahrplanmedien durch den Auftragnehmer an die Auftraggeber
Oktober/November N	Presseveröffentlichungen Fahrplanwechsel
Dezember N	Fahrplanwechsel

Grundsätzlich gelten die Termine und Fristen gemäß den Festlegungen aus den Schienennutzungsbedingungen SNB der DB InfraGO AG in der jeweils gültigen Fassung.

Verfahren zur Festlegung des betrieblichen Leistungsangebotes und zur Infrastrukturanmeldung

- (1) Die Fortschreibung und Modifikation des Verkehrsangebotes (Bestellungen) gegenüber dem Auftragnehmer obliegt den Auftraggebern. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die aus dem laufenden Betrieb gewonnenen Erkenntnisse über Nachfrageentwicklungen, Kapazitätsengpässe oder Überkapazitäten sowie über Möglichkeiten der Umlaufoptimierung an die Auftraggeber rechtzeitig und umfassend vor Beginn der Fortschreibung gemäß den im „Planungskalender“ genannten Fristen mitzuteilen. Der Planungskalender regelt auf der Grundlage der geltenden Fristen für die Bestellung von Trassen die sich daraus ergebenden vertraglichen Fristen zu den notwendigen Abstimmungen zwischen den Vertragspartnern. Im Übrigen werden sich die Vertragspartner rechtzeitig über alle fahrplantechnischen Änderungswünsche gegenseitig unterrichten. Ohne eine Fortschreibung oder Modifikation des betrieblichen Leistungsangebotes durch die Auftraggeber gilt das der Bestellung des vorangegangenen Fahrplanjahres zugrunde gelegte betriebliche Leistungsangebot als bestellt.
- (2) Die ordnungsgemäße und pünktliche Anmeldung der Trassen und die Bestellung der Verkehrshalte für die in der jeweils vereinbarten **RB113_4010 Leistungsvolumen** enthaltenen Verkehre gegenüber den zuständigen Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen (EIU) im Sinne des § 2 AEG obliegt dem Auftragnehmer, soweit die Auftraggeber nicht gemäß § 51 Abs. 4 Eisenbahnregulierungsgesetz vom 29. August 2016 (BGBl. I S. 2082), in der jeweils zuletzt geänderten Fassung (ERegG) von ihrem Recht Gebrauch machen, die Bestellung von Trassen und Stationshalten und die Abstimmung von Fahrplanentwürfen mit den EIU selbst vorzunehmen. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, für die Bestellung der Auftraggeber die entsprechenden Fahrplanentwürfe und eine Zusammenstellung des sich aus dem betrieblichen Leistungsangebot ergebenden Zugkilometervolumens zu erarbeiten und diese Entwürfe mit den Auftraggebern vor der Einreichung bei den

EIU abzustimmen. Bei der Erarbeitung der Fahrplanentwürfe hat sich der Auftragnehmer mit anderen Unternehmen im regionalen SPNV und mit sonstigen Verkehrsunternehmen abzustimmen und die Ergebnisse den Auftraggebern umgehend mitzuteilen. Im Bedarfsfall sind die Auftraggeber berechtigt, direkt mit den sonstigen Verkehrsunternehmen die Abstimmungen vorzunehmen. In allen Fällen der Anmeldung der Trassen und der Bestellung der Verkehrshalte hat der Auftragnehmer bezogen auf die Nutzungsentgelte die wirtschaftlich günstigste Möglichkeit zu wählen. In Zweifelsfällen hat sich der Auftragnehmer rechtzeitig mit den Auftraggebern abzustimmen.

- (3) Der Auftragnehmer stellt im Fall des Absatzes (2) Satz 1 den Auftraggebern die Anmeldungen in Kopie und in Dateiform unverzüglich zur Verfügung. Des Weiteren ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggebern das Trassenangebot mit den Fahrplanentwürfen und das sich daraus ergebende Zugkilometervolumen für den Jahresfahrplan unverzüglich nach Erhalt des Trassenangebotes durch das Eisenbahninfrastrukturunternehmen zur Verfügung zu stellen. Die Annahme eines Trassenangebotes kann nur im Einvernehmen mit den Auftraggebern erfolgen. Auf Anweisung der Auftraggeber hat der Auftragnehmer das Trassenangebot abzulehnen und gemeinsam mit den Auftraggebern über ein neues Angebot mit den EIU zu verhandeln. Die Auftraggeber behalten sich hierbei ausdrücklich das Recht vor, den Auftragnehmer anzuweisen, das Trassenangebot abzulehnen und anstelle des Auftragnehmers über ein neues Angebot gemäß Absatz 2 direkt mit dem EIU zu verhandeln.
- (4) Im Fall des Absatzes (2) Satz 1 unterrichtet der Auftragnehmer die Auftraggeber, soweit das EIU Konflikte mit anderen Interessenten für die Trassen ankündigt oder bestimmte Trassen als nicht zu vergeben benennt. Die Auftraggeber können in diesen Fällen direkt an den Trassenkonfliktgesprächen teilnehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unter Ausschöpfung der regulierungsrechtlichen Möglichkeiten und des Rechtsweges vertragliche und gesetzliche Ansprüche durchzusetzen. Gleiches gilt für die Bestellung von Stationshalten bei dem zuständigen EIU. Die Kosten für derartige Rechtsmittelverfahren tragen der Auftragnehmer und die Auftraggeber jeweils hälftig.
- (5) Wird die Eisenbahninfrastruktur nicht gemäß der Bestellung zur Verfügung gestellt, nimmt der Auftragnehmer Verhandlungen mit dem Eisenbahninfrastrukturunternehmen und – sofern beteiligt – den anderen anmeldenden Eisenbahnverkehrsunternehmen auf. Die Auftraggeber sind berechtigt, an den Verhandlungen teilzunehmen. Gesetzliche oder vertragliche Ansprüche des Auftragnehmers, insbesondere gegenüber Eisenbahninfrastrukturunternehmen, sind unter Ausschöpfung des Rechtsweges und der kartell- und regulierungsrechtlichen Möglichkeiten durchzusetzen. Dies gilt nur, soweit die Auftraggeber vom Auftragnehmer die Durchführung des Rechtsstreits und/oder Verfahrens verlangen. Sobald sich abzeichnet, dass eine Lösung des Konflikts im Verhandlungsweg voraussichtlich nicht erreicht werden kann, hat der Auftragnehmer die Auftraggeber darüber zu informieren. Die

Information muss unverzüglich und so rechtzeitig und umfassend erfolgen, dass den Auftraggebern eine angemessene Reaktionszeit und ausreichende Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stehen. Der Auftragnehmer kann für die tatsächlich entstandenen Kosten des Rechtsstreits und/oder Verfahrens von den Auftraggebern Ersatz in der gesetzlich bestimmten Höhe verlangen, sofern die Auftraggeber die Führung des Rechtsstreits und/oder Verfahrens verlangt haben. Für den Eigenaufwand erfolgt kein Ersatz.

- (6) Der Auftragnehmer wird die Auftraggeber gemäß **RB113_4030_Vollmachtserklärung** auf deren Wunsch hin zur Vornahme folgender Handlungen bevollmächtigen:

- Verhandlungen mit den EIU zur Trassenvergabe und zur Bestellung von Stationshalten,
- Rügen von Qualitätsmängeln an der Infrastruktur,
- Abstimmung von Betriebsprogrammen bei Baumaßnahmen,
- Stellungnahmen zu Änderungen der Eisenbahninfrastruktur,
- Prozessführung im Wege der Prozessstandschaft gegenüber den EIU.

Der Auftragnehmer wird im Rahmen der Bevollmächtigung von seiner Pflicht zur eigenverantwortlichen Vornahme vorgenannter Handlungen frei, bis die Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer erklären, von der Vollmacht keinen Gebrauch mehr zu machen. Der Auftragnehmer unterstützt die Auftraggeber auf Wunsch während der Bevollmächtigung bei den Handlungen.

- (7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Anmeldung von Trassen, soweit es zu Trassenkonflikten mit anderen Auftragnehmern kommen sollte, die ebenfalls im Auftrag der Auftraggeber Verkehrsleistungen im Vertragsgebiet erbringen, an einer Lösung mitzuwirken, die die Gesamtinteressen der Auftraggeber an der Sicherstellung aller betroffenen Verkehre für die Allgemeinheit berücksichtigt.
- (8) Unverzüglich nach Abschluss der Fahrplanung erstellt der Auftragnehmer für das betreffende Fahrplanjahr die Zugkilometerberechnung des betrieblichen Leistungsangebotes nach **RB113_4000_BVB** in Verbindung mit **RB113_4010_Leistungsvolumen** des Vertrages einschließlich der von den Auftraggebern zu tragenden Infrastrukturkosten. Des Weiteren erstellt der Auftragnehmer eine Zugliste, aus der die Zugnummer, die angebotene Kapazität bezogen auf die anrechenbaren Sitzplätze und Streckenabschnitte sowie die planmäßig eingesetzte Fahrzeugkonfiguration (Baureihenbezeichnung mit Unterbaureihen, Wagenbezeichnung) ggf. untergliedert nach Verkehrstagen hervorgehen.
- (9) Soweit erforderlich, hat der Auftragnehmer die verbindliche Wartezeitvorschrift nach **RB113_4050_Wartezeitvorschriften** einvernehmlich mit den Auftraggebern auf die jeweiligen Rahmenbedingungen der Planungen zu den

Fahrplanbestellungen abzustimmen. Er erklärt sich bereit, nach Vorgabe der Auftraggeber Vereinbarungen mit anderen Verkehrsunternehmen im ÖPNV über Wartezeitvorschriften zu treffen. Über die vorgesehenen Vereinbarungen nach Satz 2 sind die Auftraggeber umgehend zu informieren. Solange eine Vereinbarung noch nicht zustande gekommen ist, ist den Auftraggebern mitzuteilen, welche Punkte streitig sind.

- (10) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in seinen Fahrplanunterlagen (Druckerzeugnisse, elektronische Fahrpläne etc.) die Fahrpläne anderer EVU im Gebiet des RB113-Netzes einschließlich aller unmittelbaren Anschlussstrecken in den Gebieten des jeweiligen Auftraggebers ohne Berechnung von Kosten oder Gebühren aufzunehmen, wenn und soweit sich diese ebenfalls zur kosten- und gebührenfreien Aufnahme der Fahrplanunterlagen des Auftragnehmers bereit erklären. Diese Daten sind ebenfalls kostenfrei an die Auftraggeber und die Verkehrsverbünde im Gebiet des RB113-Netzes rechtzeitig zu übergeben.
- (11) Der Auftragnehmer beteiligt sich proaktiv an der langfristigen Planung von Baumaßnahmen (z. B. Möglichkeiten der Beteiligung nach „Fahren und Bauen“). Er informiert das Eisenbahninfrastrukturunternehmen kontinuierlich über die in seinem Bedienungsgebiet erkennbaren Tage mit hoher Nachfrage, die von Baumaßnahmen freigehalten werden sollten (Landesfeste u. ä.). Der Auftragnehmer informiert die Auftraggeber unverzüglich über die ihm bekanntwerdenden Planungen zu Baumaßnahmen, die veränderter Fahrpläne und/oder Busersatzverkehre bedürfen. Er stimmt die diesbezüglichen Planungen mit den Auftraggebern ab.